

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg



Was ist drin für
pflegende Angehörige?

Was ist drin für pflegende Angehörige in Brandenburg?

Nirgends werden in Deutschland so viele Pflegebedürftige zu Hause versorgt, wie in Brandenburg. Insgesamt sind es 81,5 Prozent und damit 5,5 Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt. Über die Hälfte der Pflegebedürftigen werden ausschließlich durch Angehörige, Freunde oder Nachbarn gepflegt und betreut. wir pflegen e.V. stellt daher zur Landtagswahl in Brandenburg am 01. September 2019 wieder die Frage: Was ist drin für pflegende Angehörige?

In insgesamt vier Bereichen haben wir die Parteien gebeten, mit klarer Kante deutlich zu machen, was sie für pflegende Angehörige nach der Wahl anpacken wollen. Verschaffen Sie sich einen Überblick und treffen Sie eine gute Entscheidung. **Doch vor allem:**

Gehen Sie wählen!

Schnellübersicht: Was ist drin für pflegende Angehörige in Brandenburg?

					
Zahlen, Daten, Fakten: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Zukunft amtliche Daten zur Anzahl und Situation der pflegenden Angehörigen in Brandenburg erhoben werden?					
Mitbestimmung: Setzen Sie sich für eine Vertretung pflegender Angehöriger und für faire Kräfteverhältnisse im Landespflegeausschuss ein?					
Förderung: Wird Ihre Partei sich für den Aufbau einer Interessenvertretung für pflegende Angehörige in Brandenburg stark machen?					
Vereinbarkeit: Werden Sie sich für die Einführung einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige auf dem Mindestniveau des Elterngeldes stark machen?					

 = ja  = nein  = unentschlossen  = Position nicht bekannt



Zahlen, Daten, Fakten

wir pflegen e.V. fordert amtliche Daten und Statistiken zur Anzahl und Lebenssituation pflegender Angehöriger in Brandenburg.

Die Pflegestatistik gibt keine genaue Auskunft über die Anzahl der pflegenden Angehörigen in Brandenburg. Zumeist werden dafür die Zahlen der Pflegebedürftigen herangezogen, die im häuslichen Umfeld versorgt werden. Allerdings gibt diese Zahl keine Auskunft über die tatsächliche Anzahl an Personen, die die Pflege zu Hause leisten.

Der Politik fehlt damit eine genaue Planungsgrundlage für Maßnahmen rund um die häusliche Pflege. Entsprechende Daten sollten daher landesweit erhoben und zur Unterstützung der kommunalen Planungen in die regionalen Pflegedossiers eingebunden werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Zukunft amtliche Daten zur Anzahl und Situation der pflegenden Angehörigen in Brandenburg erhoben werden?

BRANDENBURG

SPD

Für die SPD ist es selbstverständlich, dass Angehörigen, die oft neben dem Beruf die verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen, einen Angehörigen im häuslichen Umfeld zu pflegen, größter Respekt sowie Dank und Anerkennung gebühren.

Deshalb schreiben wir in unserem Wahlprogramm „Unser Land zusammenhalten! EIN Brandenburg“, dass wir es als unsere Pflicht ansehen, dass wir die Familien als Rückgrat der Gesellschaft weiter unterstützen und entlasten. Hier wird füreinander Verantwortung übernommen, ein unschätzbare Beitrag für den Zusammenhalt der Gesellschaft geleistet. Dabei ist es nicht leicht, Familie und Beruf im Alltag zu vereinbaren. Deshalb wollen wir Familien durch ausreichende Betreuungsangebote für Kinder in Kitas und Horten und bessere Möglichkeiten der Pflege unterstützen.

Im Besonderen mit der Pflege von Angehörigen betraute Familien wollen wir bei der emotional schwierigen und zeitintensiven Arbeit

unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Familien von Pflegekosten entlastet werden und mehr professionelle Unterstützung erhalten können.

So werden wir auch in Zukunft Maßnahmen der Brandenburger Pflegeoffensive unterstützen, was auch die Pflegedossiers der Pflegestatistik betrifft, welche für das gesamte Land Brandenburg sowie für jeden einzelnen Landkreis und jede kreisfreie Stadt aufgeschlüsselt sind. Dabei stehen wir einer Ausweitung der Datenerfassung rund um die häusliche Pflege mit dem Ziel, die Anzahl der pflegenden Angehörigen in Brandenburg genauer zu erfassen, positiv gegenüber.



Die CDU will den Bereich der Pflege im eigenen Umfeld und durch die Familie deutlich verbessern. Viele Fakten sind bekannt und wir wissen grundsätzlich, was zu tun ist. Das Einzige, was uns derzeit tatsächlich fehlt, sind Auskünfte über die Art und Weise der Pflege zu Hause. Daher setzen wir uns für eine solche Planungsgrundlage ein. Diese Aufgabe sollte mit Priorität abgearbeitet werden, sodass künftige Maßnahmen zeitnah bei den Familien ankommen. Was wir aber ohne diese Basis umsetzen können, sollten wir so früh wie möglich erledigen. Beispielsweise hat das Land Brandenburg einen enormen Bedarf an unterstützenden und alternativen Wohnformen – wir müssen diesen Bereich unbedingt ausbauen und sollten hiermit schnellstmöglich beginnen. Dadurch entlasten wir Familien und

Menschen können so lange wie möglich selbstbestimmt leben. Für uns ist das sehr wichtig.

DIE LINKE.

Landesverband Brandenburg

Die Erfassung solcher konkreter Daten gestaltet sich schwierig, wie bereits in diversen Debatten der ablaufenden Legislatur erörtert wurde. Es vergeht kaum eine Ausschuss-, Plenar- oder interne Sitzung, in der das Thema Pflege, Verbesserung der Pflegesituation, Entlastung pflegender Angehöriger usw. nicht eine Rolle spielt. Sollte sich eine Möglichkeit ergeben, solcherlei Daten erfassen zu können, werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses an passender Stelle erfolgt. Diese Daten müssen dann öffentlich zugänglich und damit verwertbar gemacht werden. Möglicherweise bietet sich dazu die Gesundheitsplattform des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) im Kontext der Gesundheitsberichterstattung des Landes an. Hier sind bereits wichtige Daten zur Pflegesituation erfasst, die um diesen Punkt erweitert werden können. Dazu ist es vorrangig allerdings nötig, eine Möglichkeit der Datenerhebung zu verifizieren, was bisher noch nicht gelungen ist.

Freie Demokraten

Landesverband Brandenburg **FDP**

Ja, wir sehen die Notwendigkeit die größte Gruppe der Pflegenden - die pflegenden Angehörigen - besser im Rahmen der Statistik zu berücksichtigen um Daten für gezielte unterstützende Maßnahmen als Grundlage zu gewinnen.



Förderung

wir pflegen e.V. fordert politische Unterstützung und eine Förderung zum Aufbau einer Landesorganisation für pflegende Angehörige in Brandenburg.

Auch in Brandenburg machen sich pflegende Angehörige auf den Weg, um gemeinsam eine landesweite Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation aufzubauen. Dies ist dringend notwendig, damit die Interessen der pflegenden Angehörigen bei pflegepolitischen Diskussionen und Planungen „mit am Tisch sitzen“. Zugleich können so die Selbsthilfestrukturen für pflegende Angehörige gezielter ausgebaut werden.

Anders als für Berufsverbände, bedeutet ein Zusammenschluss für pflegende Angehörige einen sehr hohen Organisationsaufwand. Es braucht daher dringend politische Unterstützung, um eine Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation in Brandenburg nachhaltig aufzubauen.

Wird Ihre Partei sich für den Aufbau einer Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation für pflegende Angehörige in Brandenburg stark machen?

BRANDENBURG

SPD

Den Weg, den Land und Bund zur Unterstützung für pflegende Angehörige bisher beschreiten, gilt es weiter zu gehen. So wurden mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf (1. Januar 2015) die Regelungen im Familienpflegezeitgesetz und Pflegezeitgesetz zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege weiterentwickelt. Damit haben pflegende erwerbstätige Angehörige einen Anspruch auf Familienpflegezeit und auf Pflegeunterstützungsgeld im Falle kurzzeitiger Arbeitsverhinderung, wie auch auf ein zinsloses Darlehen bei Inanspruchnahme von Pflegezeit bzw. Familienpflegezeit.

Auch die Pflegeberatung der Pflegestützpunkte der Pflege- und Krankenkasse und der kommunalen Träger leistet einen wichtigen Beitrag. Wir werden daher die Pflegestützpunkte ausbauen und die bisher feste Beratungsstruktur um ein aufsuchendes Angebot erweitern. Hierfür wollen wir insgesamt zwei Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Zudem unterstützen wir weiterhin die Brandenburger Pflegeoffensive, was wir mit unseren Mitteln für den Doppelhaushalt 2019/20

unterstrichen haben. Dies schließt u. a. die Unterstützung pflegender Angehöriger ein, die sich z. B. im Rahmen des von der Pflegeoffensive geförderten Kompetenzzentrum Demenz in Form von Schulungen informieren können. Den gleichen Aufgabenschwerpunkt haben die mit der Pflegeoffensive auf den Weg gebrachten „Fachstellen Altern und Pflege im Quartier“ mit ihrer Beratung und Unterstützung beim Aufbau alltagsunterstützender Angebote.

Wir sind zudem der festen Überzeugung, dass steigende Kosten der Pflege nicht allein zulasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen gehen dürfen. Es braucht faire und angemessene Gehälter im Pflegebereich. Dies ist zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes wichtig, damit auch in Zukunft in einem engagierten und verantwortungsvollen Zusammenspiel vieler Beteiligten eine gute Arbeit in der Pflege gewährleistet bleibt. Dazu bedarf es Tarifabschlüssen, um in der Pflege einem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und Fachpersonal für die Region zu gewinnen bzw. zu halten. Um die Attraktivität des Pflegeberufes zu steigern, wollen wir einen Flächentarifvertrag Pflege bzw. Mindestarbeitsbedingungen in der Pflege entwickeln und für allgemeinverbindlich erklären lassen. Es braucht eine umfassende Lohnangleichung Ost-West in den Pflegeberufen sowie eine stärkere Vernetzung zwischen Trägern, Schulen und politisch Verantwortlichen in Fragen der praktischen Ausbildung.

Außerdem werden wir gemäß unserem Wahlprogramm weiter an einer Verbesserung des Zugangs zu den Pflegeberufen arbeiten. Um dem steigenden Arbeitskräftebedarf in der Pflege offensiv entgegenzuwirken, wurde in dieser Legislaturperiode die Altenpflegehilfausbildung für Schulabgängerinnen und Schulabgänger geöffnet. Bisher war die Förderung dieses niedrigschwelligen Einstieges in das

Berufsfeld Pflege nur für sogenannte Quereinsteiger über die Arbeitsagenturen bzw. Jobcenter im Rahmen einer Umschulung möglich. Die SPD-geführte Landesregierung hat ferner mit dem Doppelhaushalt 2019/20 den Förderhöchstbetrag für Altenpflegeschülerinnen und -schüler nochmals erhöht.

In den kommenden Jahren wollen wir die Versorgungsqualität in der Pflege im ganzen Land Brandenburg weiter sichern und verbessern. Um ausreichend Pflegekräfte zu gewinnen, werden wir die Ausbildungskapazitäten vergrößern und die Pflegeschulen stärken. Neben der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen werden wir auch das gesellschaftliche Ansehen des Pflegeberufes stärken. Mit einer Imagekampagne wie z. B. zielgruppenangepasste Werbung und Informationen an Schulen und Oberstufenzentren sowie Berufs- und Karrieremessen wollen wir mehr junge Menschen für die sozialen Berufe gewinnen.

Wir werden uns auch weiterhin für die Interessen der pflegenden Angehörigen einsetzen. Zur zusätzlichen Unterstützung dieser sind wir daher für die Idee offen, dass sich im Land Brandenburg eine Interessenvertretung für pflegende Angehörige konstituiert.



Wir erachten die Vernetzung aller Akteure als ein wichtiges Instrument zur Stärkung

der Pflege insgesamt. Neben der von uns gewollten Pflegekammer, ist das eine weitere Möglichkeit, Interessen zu vertreten und Selbsthilfe zu gestalten. Nach Auffassung der CDU muss dies zunächst unbedingt möglichst

niedrigschwellig und mit kommunaler Verankerung erfolgen. Wir beabsichtigen die kommunalen Pflegestützpunkte vor Ort zu unterstützen – unserer Meinung nach könnte eine Vernetzung auch über diese bereits existierenden Strukturen geschaffen werden.

Die Selbstvertretung ist aus unserer Sicht ein wichtiger Baustein der Demokratie, da darüber Bürgerrechte wahrgenommen werden. Bürgerrechte dürfen keinesfalls unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Interessenvertretungen müssen angemessen, transparent und verbindlich finanziert werden. Ob die aktuellen Förderrichtlinien dem entsprechen, ist zu prüfen. Hier setzt sich DIE LINKE auf Bundesebene für eine einheitliche und bessere Förderung ein. Die Finanzierung ist jedoch nicht alles. Der Aufbau von Selbstvertreterstrukturen ist zwar nicht Aufgabe der Politik, aber die Kommunikation und Kooperation mit den Interessenvertretungen ist es zweifelsfrei. Wir sehen unsere Aufgabe darin, ins Gespräch zu kommen, Anliegen ernst zu nehmen, aufzunehmen und in das parlamentarische Verfahren einzubringen. Das tut DIE LINKE in aller Regelmäßigkeit und wird diesen Weg auch konsequent weitergehen. DIE LINKE beteiligt pflegende Angehörige in ihren eigenen Arbeitsgemeinschaften und setzt sich zusammen mit unabhängigen Zusammenschlüssen pflegender Angehöriger sowie Angehöriger Pflegebedürftiger, die die Pflege nicht selbst übernehmen. So wurde beispielsweise die Petition zur Senkung der Eigenanteile der Pflegekosten in den Seniorenheimen unterstützt. Hier waren zwar keine pflegenden, sondern zahlende Angehörige betroffen, jedoch setzen wir uns ebenso gern mit den Interessenvertre-

DIE LINKE.

Landesverband Brandenburg

tern anderer Betroffenengruppen zum Gespräch zusammen. Hierbei können Lösungsvorschläge entwickelt, Kontakte vermittelt, Änderungsbedarf Richtung Bund angestoßen und andere Maßnahmen unsererseits ergriffen werden. Darin sehen wir die Aufgabe der Politik.

Freie Demokraten

Landesverband
Brandenburg **FDP**

Wir sehen eindeutig den Bedarf, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auf Wunsch und in Kooperation mit den Betroffenenorganisationen eine starke Interessenvertretung in Brandenburg etabliert werden kann.



Mitbestimmung

wir pflegen e.V. fordert, dass die (zukünftigen) Interessenvertretungen pflegender Angehöriger im Landespflegeausschuss mit mindestens einem Sitz vertreten sind.

Im brandenburgischen Landespflegeausschuss ist die Betroffenenperspektive deutlich unterrepräsentiert.¹ Insbesondere ist die Perspektive der pflegenden Angehörigen nicht ausreichend berücksichtigt. Dagegen sind die Kostenträger und Leistungserbringer stark vertreten. Gemäß der Verordnung dürfen Pflegekassen sogar mit 7 und Pflegeeinrichtungen mit 8 Personen und Stimmen vertreten sein. Den Betroffenenverbänden steht jeweils nur eine Stimme zu. Damit sind im Landespflegeausschuss zentrale demokratische Grundsätze außer Kraft gesetzt.² wir pflegen e.V. kritisiert dies scharf, da dadurch zwangsläufig die Bedarfe der Pflegebedürftigen und Angehörigen zu wenig Beachtung finden.

¹ <https://masgf.brandenburg.de/masgf/de/start/soziales/pflege/landespflegeausschuss/>

Setzen Sie sich für eine Vertretung pflegender Angehöriger und für faire Kräfteverhältnisse im Landespflegeausschuss ein?

BRANDENBURG

SPD

Wir schätzen die Mitglieder und die Arbeit des Landespflegeausschusses. Gemäß unseres u. a. schon 2014 im Landtag formulierten Zieles, zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben im Bereich der Pflege den Landespflegeausschuss sowie weitere Akteure der Pflege und Behindertenhilfe einzubeziehen, stehen wir einer Aufnahme einer Interessenvertretung pflegender Angehöriger mit allen dazugehörigen Rechten und Pflichten positiv gegenüber.

Wir teilen diese Auffassung, wenngleich wir darauf hinweisen



CDU

Brandenburg

müssen, dass der Landespflegeausschuss schon ein breites Spektrum an Mitgliedern vorzuweisen hat (z.B. die Verbände der Pflegeberufe, die kommunalen Spitzenverbände, die Gewerkschaften sowie der Landesbehindertenbeirat, der Seniorenrat, der Psychiatriebeirat sowie die Alzheimer-Gesellschaft). Was tatsächlich fehlt, ist –

² https://bravors.brandenburg.de/verordnungen/lpflegeav_2016

auch angesichts der hohen Quote von Personen, die zu Hause gepflegt werden - eine Vertretung der Angehörigen. Die CDU Brandenburg wird sich diesem Problem annehmen.

DIE LINKE.

Landesverband Brandenburg

Die Zusammensetzung des Landespflegeausschusses muss regelmäßig vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und gesetzlicher Änderungsprozesse auf den Prüfstand gestellt werden. Ob die Interessen der pflegenden Angehörigen hier einfließen sollten, ist nach unserer Kenntnis bisher nicht diskutiert worden. Ebenso wenig sehen wir eine Lösung für die Interessenvertretung beruflicher Pflegekräfte in einer Pflegekammer. Diese kann weder alle Problemlagen lösen noch berücksichtigt dieser Zusammenschluss alle Akteure der Pflege. Auch hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Alle Zusammenschlüsse haben auf ihre Art Vor- und Nachteile. Sie berücksichtigen selten alle spezifischen Personengruppen und können aufgrund ihrer eingeschränkten Aufgaben-, Mitbestimmungs- und Entscheidungsbefugnisse nicht immer den Anforderungen oder gar den Erwartungen gerecht werden.

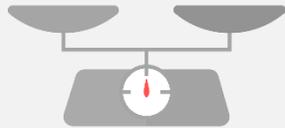
Alle Zusammenschlüsse haben auf ihre Art Vor- und Nachteile. Sie berücksichtigen selten alle spezifischen Personengruppen und können aufgrund ihrer eingeschränkten Aufgaben-, Mitbestimmungs- und Entscheidungsbefugnisse nicht immer den Anforderungen oder gar den Erwartungen gerecht werden.

Aus unserer Sicht müsste es ein gemeinsames Gremium für alle Akteure – hauptberuflich Pflegende, pflegende Angehörige sowie sonstige - geben, das sich aller Problemlagen annehmen kann, das unabhängig ist und das in Politik und Verwaltung Akzeptanz findet. Ob die bestehenden Strukturen das hergeben können, muss geprüft werden.

Freie Demokraten

Landesverband
Brandenburg **FDP**

Ja, die pflegenden Angehörigen stellen eine wesentliche Gruppe der Pflegenden dar und sollten adäquat vertreten sein.



Vereinbarkeit

wir pflegen e.V. fordert eine Lohnersatzleistung für berufstätige pflegende Angehörige.

Am 20. Juni 2019 hat der unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf seinen Bericht mit Vorschlägen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf vorgelegt. wir pflegen e.V. fordert, dass die pflegenden Angehörigen eine Lohnersatzleistung wie beim Elterngeld - jedoch für 36 Monate - erhalten und zudem mehr zeitliche Flexibilität bei der Inanspruchnahme von Auszeiten³. Zur Durchsetzung neuer bundesweiter Vereinbarkeitsregelungen braucht es die klare Unterstützung der Bundesländer. Hier ist auch die (neue oder alte) Landesregierung in Brandenburg gefragt!

³ Nähere Informationen unter: <https://www.wir-pflegen.net/projekte/vereinbarkeit-von-pflege-und-beruf/>

Werden Sie sich für die Einführung einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige auf dem Mindestniveau des Elterngeldes stark machen?

BRANDENBURG

SPD

Die SPD vertritt den eindeutigen Standpunkt, dass Pflege für die Betroffenen und deren Angehörige nicht zum Armutsrisiko werden darf. Dazu setzt sich die SPD für eine solidarisch finanzierte Pflegevollversicherung mit einem gedeckelten Eigenanteil ein. Wir stehen an der Seite derjenigen, die durch die Pflege von Angehörigen einen unschätzbaren Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft leisten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Familien von Pflegekosten entlastet werden und mehr professionelle Unterstützung erhalten. Im Interesse einer besseren Vereinbarkeit und Einbindung von Beruf, Familie und Ehrenamt planen wir Betreuungsgutscheine, die Familien oder Pflegeangehörige darin unterstützen, sich politisch zu engagieren.

Die Einführung einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige auf dem Mindestniveau des Elterngeldes, als weiterer Baustein der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gilt es offen und konstruktiv zu diskutieren.

Die CDU Brandenburg ist ebenfalls der Auffassung, dass wir



den Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kontinuierlich verbessern müssen. Hierzu zählt zum Beispiel auch die Möglichkeit, flexibel Auszeiten für die Pflege Angehöriger nutzen zu können sowie die Anrechenbarkeit solcher Zeiten, auch für einen längeren Zeitraum. Dadurch entlasten wir Familien und den gesamten Pflegesektor. Darüber hinaus ist es für die CDU Brandenburg in Zukunft wichtig, dass die Tagespflege und der Entlastungsbetrag eine breitere Anwendung finden. Wir wollen diese Chancen in Zukunft noch mehr nutzen.

DIE LINKE.

Landesverband Brandenburg

DIE LINKE fordert sehr viel mehr als nur Lohnersatzleistungen. Das allein wird noch nicht reichen. Beim erstmaligen Eintritt einer Pflegesituation soll es bspw. einen gesetzlichen Anspruch für alle Beschäftigten auf eine sechswöchige, arbeitgeberfinanzierte Freistellung mit vollem Lohnausgleich geben, um die neue Lebenssituation organisieren zu können. Diese Freistellung muss in jedem Falle garantiert werden, unabhängig davon, ob selbst gepflegt werden soll oder das Pflegearrangement durch andere Leistungserbringer zusammengestellt wird. Für den Fall, dass dann selbst gepflegt wird fordern wir für die jeweilige Hauptpflegeperson einen Lohnersatz bei pflegebedingter Teilzeit ohne Darlehensregelung, unbegrenzten Kündigungsschutz und ein gesetzlich gesichertes Rückkehrrecht in

Vollzeit. Zudem braucht es individuelle Freistellungs- und Pflegezeiten sowie flexible Arbeitszeitregelungen. Dementsprechend bedarf es einer Erweiterung des Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für flexible Arbeitszeiten. Dieses hat dann auch für Unternehmen mit weniger als 25 Beschäftigten zu gelten. Zusätzlich müssen pflegende Angehörige sozial besser abgesichert werden, bspw. damit sie nicht aus der Krankenversicherung ausgeschlossen werden oder hinsichtlich ihrer Rentensprüche. Hierbei darf es keine Unterschiede zwischen Ost und West geben. Auch müssen diejenigen, die bereits Rente erhalten durch die Pflgetätigkeit weitere Rentenansprüche erwerben können. Eine weitere Hilfe können Urlaubsangebote für Familien mit Pflegebedarf sein. Die derzeitige Streichung des Pflegegeldes bei voller Nutzung der Pflegesachleistungen muss geprüft werden.

DIE LINKE sieht weitaus mehr Möglichkeiten, die Situation pflegender Angehöriger zu verbessern, wenngleich vieles davon auf der Bundesebene zu klären ist. Was im Land getan werden kann, muss auch getan werden, und was im Bund zu klären ist, muss über Bundesratsinitiativen oder über die dortigen Fraktionen angestoßen werden. Wie genau diese Leistungen auszugestalten sind, muss in jedem Falle in einer öffentlichen Debatte unter Beteiligung aller Akteure besprochen werden.

Unbestritten leisten pflegende Angehörige einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft. Damit geht oft eine hohe finanzielle Belastung einher. Wir halten es für geboten, diese Belastung abzufedern.

Freie Demokraten

Landesverband
Brandenburg **FDP**

Am 01. September 2019 wählen gehen!

